

Giftgas-Klage des DGB entzweit die Genossen

Von J. NEANDER

In Mainz wird heute der DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz öffentlich seine Verfassungsbeschwerde gegen die Lagerung chemischer Waffen der US-Streitkräfte auf deutschem Boden bekanntgeben und begründen. Als Beschwerdeführer treten beim Bundesverfassungsgericht offiziell mehrere Bürger der Südpfalz auf. Als Gutachter werden die Professoren Wolfgang Däubler (Bremen) und Michael Bothe (Hannover) aufgeboten.

Natürlich ist das keine Angelegenheit der rheinland-pfälzischen Landespolitik. Landespolitische Auswirkungen allerdings hat sie schon jetzt, vor allem auf die Diskussionen innerhalb der SPD. Der Kampf gegen das amerikanische Giftgas, den der 58-jährige DGB-Landeschef und frühere SPD-Landtagsabgeordnete Julius Lehlbach seit einiger Zeit mit

Bundesrepublik „hinzuwirken“. Aber diese Version beläßt Initiative und Gesetz des Handelns, so meinen führende Leute aus der SPD-Landtagsfraktion, doch dort, wo sie hingehörten: in Bonn.

Öffentlich wird bisher darüber nicht gestritten. Beide Seiten versuchen, einen Konflikt zu vermeiden. Und vielleicht kommt der Vorstoß der Genossen Lehlbach (der vor drei Jahren nicht von allen seinen damaligen Fraktionskollegen in Frieden schied) und Rothley (der in Mainz ebenfalls nicht nur dicke Freunde hat) dem neuen Landesvorsitzenden Hugo Brandt gar nicht so ganz ungelegen. Wird doch in der Pfalz zur Zeit ausprobiert, ob es der SPD gelingt, den Grünen die Themen und die Wähler wegzuschnappen, wenn sie nur früh und forsch genug auftritt.

Die Chancen, so sehen es jedenfalls die Linken in der SPD, sind einmalig gut. Die Grünen in Rheinland-Pfalz haben aus vielfältigen Gründen ein halbes Jahr vor der Landtagswahl noch keinen Tritt gefaßt. Auf der letzten Landesversammlung fanden Fragen wie „Brauchen wir eine Landesgeschäftsstelle und, wenn ja, in derselben einen Fernschreiber?“ fast stärkeres Interesse als Wahlkampf und politische Grundsatzdebatten. Auch der Selbstmord eines jungen Vorstandsmitglieds, das in den Verdacht „rechter Sympathien“ geraten war, scheint die anderen zu lähmen.

Männer wie der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Werner Klein warnen freilich davor, allzu leichtfertig in die Lücke zu springen, die die Grünen bisher offengelassen haben, zumal die Aktionen gegen die C-Waffen in der Pfalz die Sozialdemokraten hier und da bereits in gefährlich enge Nachbarschaft zur überaus aktiven DKP zu bringen scheinen.

Die ortsansässige Bevölkerung bewahrt – im Gegensatz zu einigen Medien – offenbar weitgehend Ruhe. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel – er besitzt nicht unweit von Rothleys bevorzugtem Giftgas-Lager ein Wochenendgrundstück – sieht jedenfalls keinen Anlaß, seinen Gebirgsurlaub vor dem kommenden Montag zu beenden. Die dringlichste Frage, die Journalisten aus der ganzen Bundesrepublik während dieses Urlaubs ihm durch seine Staatskanzlei stellen ließen, betraf denn auch nicht das Giftgas, sondern sein Privatleben: Wann denn, nach Johannes Raus Hochzeit, nun endlich auch der letzte Single unter den deutschen Regierungschefs unter die Haube komme.

LANDESBERICHT RHEINLAND- PFALZ

fast religiösem Eifer führt, stößt bei den rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten nämlich nicht überall auf große Begeisterung – nicht etwa, weil man dort für C-Waffen schwärmen würde, sondern weil Lehlbachs Alleingang gerade zum jetzigen Zeitpunkt als wenig hilfreicher Remppler gegen die in dieser Sache allein zuständige Bundesregierung empfunden wird.

Nur die pfälzische SPD engagiert sich bisher. Ihr Vorsitzender, der 38-jährige Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Willi Rothley, hat mehrmals – in einer Art konzertierter Aktion mit „Monitor“ und „Stern“ – den spektakulären Versuch gemacht, sich Zutritt zum US-Munitionslager in Fischbach an der südpfälzisch-französischen Grenze zu verschaffen, wo angeblich 10 000 Tonnen C-Waffen lagern. Aber seine Berufung auf das Souveränitätsrecht der Bundesrepublik gegenüber den Stationierungstreitkräften fruchtete bisher nichts. Jetzt fahndet er in den USA nach einem willigen Kongreßabgeordneten, der bereit ist herüberzukommen, um Rothley in seinem Geleit ins Lager zu schleusen: US-Parlamentarier haben automatisch Zutritt.

Die SPD-Spitze des Landes hält sich bedeckt. Beim SPD-Bundesparteitag in München brachten zwar Genossen aus Rheinland-Pfalz erfolgreich mehrere Anträge ein, in denen u. a. die Bundesregierung aufgefordert wird, auf eine Entfernung aller C-Waffen vom Boden der